

Kurmis und der viehzüchtenden, zum Teil noch nomadisierenden Gujjars.

In der Frage der Reservierung von Arbeits- und Studienplätzen für Moslems - sie forderte 15 Prozent und will nun 8,44 Prozent innerhalb der OBC-Quote durchsetzen - mußte sie auf BJP-Druck zurückstecken. Ob es der BSP gelingt, mit den Instrumenten der Staatsmacht ihren Einfluß im Schmelztiegel von Kasten und Unterkasten in Uttar Pradesh auszuweiten, wird wesentlich davon abhängen, ob sie über einen längeren Zeitraum praktische Maßnahmen zugunsten ihrer Anhängerschaft verwirklichen kann. Sie will ca. 70 Prozent der jährlichen Planausgaben für die ländliche Entwicklung der Dalits und 'rückständigen Kasten' (Other Backward Castes/OBC's) einsetzen - zum Beispiel in über 5.000 sogenannter Ambedkar-Dörfer. 600.000 Dalitfrauen sollen Jobs erhalten. Mayawati favorisiert die etwa 120 Dalit-Beamten in der Spitzenbürokratie von Uttar Pradesh.

Der Anfang August im Parlament in Delhi vorgelegte 'Vohra-report' über die stärker werdenden Verflechtungen zwischen organisierter Kriminalität, Politikern und Bürokraten zeigt, wie angespannt das innenpolitische Klima in weiten Teilen Indiens ist. Uttar Pradesh gilt als Kernland dieses Nexus. Angesichts der fragilen Situation in diesem Megastaat besteht jedoch die Gefahr einer Es-

kalation kommunalistischer Tendenzen. Der fundamentalistische 'Vishnu Hindu Parishad' (Weltrat der Hindus) beharrt auf der Rückgabe der Moscheen in Varanasi und Mathura durch die Moslems. Krishnan Lal Sharma, der BJP-Generalsekretär (siehe Interview) bestätigt indirekt die Arbeitsteilung im Sangh Parivar. In der 'Familie' um den militanten Hindu-Bund 'Rashtriya Swayamsewak Sangh' (RSS/Nationales Freiwilligen Corps) "überlassen wir den Einsatz für die Tempel in Mathura und Kashi dem VHP", so Sharma. Frau Mayawati, die sich um die Stimmen der Muslime bemüht, hat sich ausdrücklich für den Schutz dieser Moscheen ausgesprochen.

In Uttar Pradesh leben aktuellen Schätzungen zufolge etwa 35 Millionen Dalits, die in ihrer Mehrzahl als landlose Landarbeiter bestenfalls etwa 135 Tage pro Jahr Beschäftigung und damit Einkommen haben. Mayawati wird von diesen Bevölkerungsschichten als Hoffnungsträgerin angesehen. Zunehmend entwickeln Dalits Selbstbewußtsein und lehnen sich gegen unterdrückerische Strukturen, wie zum Beispiel unbezahlte Zwangsarbeit und unbestrafte Vergewaltigungen ihrer Frauen durch Großgrundbesitzer der Oberkasten auf. Einige Beobachter glauben gar, daß sich für die Kastenlosen eine gewisse Rechtssicherheit herausgebildet hat. Andererseits dauert die brutale Gewalt von Thakurs und

Yadavs gegen Dalits in weiten Teilen des Landes fort. 1994 wurden in Uttar Pradesh 383 Angehörige der Scheduled Castes getötet, beinahe 900 Dalit-Frauen wurden vergewaltigt - und dies sind nur die offiziellen, bekannt gewordenen Zahlen, eine hohe Dunkelziffer muß hier immer mitgedacht werden.

Die BSP hat bei den Kommunalwahlen 1995 einen großen Teil ihrer Basis an die 'Samajwadi Party' (SP) verloren. Die BJP versucht offenbar, die 'Bahujan Samaj Party' zu spalten und Teile ihrer Basis lokal und national zu kooptieren. Sie will für Dalits national wählbar werden. In einem geschickten Schachzug haben die Ministerpräsidenten der BJP-geführten Landesregierungen Ministerpräsidentin Mayawati darum gebeten, sie solle politische Programmvorstellungen für die Unterstützung der Dalits auch auf nationaler Ebene formulieren. Hierin könnte durchaus der Versuch gesehen werden, eine nationale Allianz zwischen BJP und BSP zu schmieden.

Der Tango zur Macht in Delhi zwischen dem ungleichen Paar BJP und BSP wird noch viele Schwierigkeiten überwinden müssen. Es ist in den Verwirrspielen indischer Innenpolitik keineswegs auszuschließen, daß Mayawati und Kanshi Ram ihrerseits die BJP nur benutzen und ihr sogar mit einem Eklat noch vor den Lok Sabha-Wahlen den Laufpaß geben.

Interview:

Wahlstrategie der BJP - Interview mit Krishnan Lal Sharma

Im Frühjahr 1996 finden in Indien die nächsten Unterhauswahlen statt. Der Wahlkampf hierfür ist schon seit geraumer Zeit in vollem Gange. In Delhi sprach Klaus Voll mit dem Generalsekretär der 'Bharatiya Janata Party' (BJP), Krishnan Lal Sharma, über die Wahlkampfstrategie der Partei, die sich vorgenommen hat, die Regierung von Premierminister Rao abzulösen.

Bedeutet die überraschende Unterstützung der 'Bahujan Samaj Party' (BSP) in Uttar Pradesh (UP) eine neue Strategie der BJP gegenüber den Dalits und bahnt sich damit auch auf nationaler Ebene eine neue Allianz an?

Es handelt sich bei der Unterstützung Mayawatis und ihrer BSP um eine Unterstützung von außen, das heißt, die BJP hat keine Mitglieder in der neuen Regierung. Vorrangig hat uns die Sorge um die Zustände im größten indischen Bundesstaat bewegt. Unter dem vorherigen Ministerpräsidenten Mulayam Singh Yadav erreichte die Kriminalisierung der Politik schlimme Ausmaße. Wir wollen mit der Unterstützung der BSP dazu beitragen, Recht und Ordnung in UP wieder herzustellen.

Ihre Partei hat das Image einer Oberkasten-Partei. Wird es nicht innerhalb der BJP Widerstände gegen die Unterstützung einer Dalit-geführten Regierung geben? Wie lange wird die BJP die BSP unterstützen?

Erstmals in der Geschichte ist ein Dalit Ministerpräsident eines Staates geworden und dies mit Hilfe der BJP. Dies markiert eine andere Qualität, als die Präsenz der üblichen Vorzeige-Harjians in den anderen Parteien. Es mag Widerstände in meiner Partei geben, aber die Meisten werden erkennen, daß es sich um einen wahlentscheidenden Schritt für die Unterhauswahlen im kommenden Jahr handelt und nicht um eine Langzeitstrategie. Wie in jeder demokratischen Partei gibt es auch bei uns abweichende Meinungen und Streit, doch die BJP beweist immer wieder eine ungewöhnliche Disziplin bei der Einhaltung von Beschlüssen. Wir sind die einzige indische Partei, die noch keine Spaltung hinter sich hat. Die Kooperation ist keine Spielerei. Sie wird zumindest bis zu den nächsten Wahlen Bestand haben. Kanshi Ram hat außerhalb Uttar Pradeshs, mit Ausnahme von Madhya Pradesh und dem Punjab, keine nennenswerte Wählerbasis. So bleiben ihm kaum Alternativen zur Kooperation mit der BJP. Natürlich wollten wir auch zeigen, daß wir keine Anti-Dalit-Partei sind. Wir führen im August eine Woche der



BJP-Generalsekretär Krishan Lal Sharma (Foto: Klaus Voll)

"Sozialen Harmonie" durch, während der unsere Parteiarbeiter zahlreiche Dörfer aufsuchen werden, um die Dalits für die BJP zu werben.

Besteht die Möglichkeit, mit der BSP in Uttar Pradesh zu Sitzabsprachen zu gelangen?

Dazu gibt es bisher keine Beschlüsse, aber ich möchte diese Möglichkeit nicht ausschließen

Es gab in Uttar Pradesh Diskussionen über Reservierungen für Moslems innerhalb der Quoten für die 'Other Backward Castes' (OBC's). Was halten sie davon?

Ich bin absolut gegen eine Reservierung nach religiösen Gesichtspunkten. Außerdem sollten wir aufpassen, daß die Reservierungspolitik nicht die 50-Prozent Marke überschreitet.

Man hat in der BJP auch über Kooperationen mit anderen Re-

gionalparteien nachgedacht. Wie ist der Stand der Dinge?

Neben der traditionellen Zusammenarbeit mit der 'Shiv Sena' verhandeln wir mit einigen Parteien. Die 'Akali Dal (Badal)' sollte allerdings erst ein klares Bekenntnis zur Indischen Union ablegen. Mit der AIADMK und dem 'Vikas Haryana Manch' sind wir im Gespräch, es ist aber noch zu keiner Einigung gekommen. Fest steht allerdings, daß es keine Koalitionen mit nationalen Parteien geben wird.

Mit welchen Gegenstrategien der anderen großen Parteien rechnen sie?

Der 'Congress (I)' befindet sich in einem Zustand völliger Unordnung und Verwirrung. Insgesamt haben alle anderen Parteien eigentlich nur das Programm, die BJP von der Macht fernzuhalten. Mit solch einem Negativprogramm sind aber keine Wahlen zu gewinnen.

Ein wichtiges Wahlkampfthema werden die Wirtschaftsreformen sein. Die Koalition in Maharashtra macht derzeit durch die Neu-

verhandlung des Dabhol-Kraftwerkprojektes mit dem amerikanischen Konzern Enron Schlagzeilen.

Die BJP hält den öffentlichen Sektor für sehr ineffizient. Wir sind daher für eine Liberalisierung der Wirtschaft, lehnen jedoch jede Art von Monopolisierung ab. Ich erwarte keine großen Irritationen im Ausland wegen der Neuverhandlung des Enron-Projektes. Der Swadeshi-Flügel in unserer Partei, der für größtmögliche wirtschaftliche Unabhängigkeit ist, ist weiterhin einflußreich und wird sich in die innerparteiliche Diskussion über unseren Wirtschaftskurs einbringen.

Wie beurteilen sie die Chancen ihrer Partei bei den kommenden Wahlen?

Wir sind optimistisch, es wird ein hartes Stück Arbeit werden. Deshalb haben wir ein großes Treffen aller BJP-Parlamentarier aus Delhi und den Staaten einberufen, um die Parteiarbeiter einzuschwören und lokale Strategien zu entwickeln.

Zum aktuellen Stand der deutsch-indischen Beziehungen

von Bernd Basting

Hoher indischer Besuch in Deutschland. Binnen weniger Wochen kamen die beiden nach Ministerpräsident Rao wichtigsten Mitglieder der amtierenden indischen Regierung nach Bonn: Finanzminister Manmohan Singh, vom 18. bis 21. Juni und Außenminister Pranab Mukherjee, vom 8. bis 11. Juli. In ihrem Troß: jeweils große Wirtschaftsdelegationen.

Im Vordergrund der Visiten stand die Intensivierung der indisch-deutschen Beziehungen, die primär Wirtschaftsbezie-

hungen sind. Die Bundesrepublik ist Indiens wichtigster Partner in Europa. Hinsichtlich der Investitionen auf dem Subkontinent hat Deutschland innerhalb der letzten beiden Jahre aufgeholt (von Platz 10 auf Platz 3). In absoluten Zahlen betrachtet, stellen sie sich indes als eher bescheiden dar.

Handels- und Investitionsvolumen gilt es also zu steigern, das liegt in beiderseitigem Interesse: Um seine Technologie-Lücke zu schließen und das Steuervolumen zu erhöhen, ist Indien auf inve-

stives Engagement hiesiger Industrieunternehmen angewiesen. Die deutschen Wirtschaftsakteure - die die ökonomische Boom-Entwicklung in Süd- und Südostasien fast verschlafen haben - harrten nun auf einen Markt von 920 Millionen Menschen. Die indische Mittelschicht, die von den seit 1991 in Indien realisierten Wirtschaftsreformen profitiert, wächst rapide, hat inzwischen bereits die Gesamtbevölkerung der USA erreicht - alles potentielle Käufer von Produkten "Made in Germany". So wur-